

Hallo P.Hammen, D.Koelbel,

nach ersten internen Diskussionen zum am 17.3.10 erläuterten
Gesetzesvorschlag
möchten wir 2 Auffassungen/Straßenausbau kurz darstellen:

1.Mit diesem Gesetzesvorschlag werden alle unsere bisherigen Argumente im
Kampf gegen
die Erhebung von Beiträgen ignoriert.
Diese Argumente sind uns allen bekannt, dafür haben wir seit über 15 Jahren
geworben und gestritten.
Für uns sind Straßenausbaumaßnahmen immer noch Aufgaben der öffentlichen
Daseinsfürsorge.
Der Bürger zahlt z.B. über Kraftstoffpreise/Kfz Steuer....schon
beträchtliche Mittel,
die zweckdienlich dazu verwendet werden sollten.

Ob, wie bisher, Beiträge oder Abgaben/Gesetzesvorschlag erhoben werden, ist
für die betroffenen Bürger hinsichtlich der finanziellen Inanspruchnahme in
der Sache gleich.
Die bisherige unsoziale Gesetzgebung wird dadurch nicht beseitigt.
Wenn wir bis jetzt sachlich richtig dagegen argumentiert haben, können
diese Argumente
heute nicht falsch sein.

Es scheint unmöglich den Bürgern jetzt diesen Wandel zu erklären bzw.
ev. mit einem Volksbegehren für diesen neuen Vorschlag zu werben.
Wir sehen auch die Gefahr, dass sich die BI in dieser Auseinandersetzung
spalten werden.

2.Im Gesetzesvorschlag werden wieder nur die Haus-Grundstücksbesitzer über
eine Erhöhung
der Grundsteuer belastet.
Auch dieser Vorschlag verstößt gegen die Gleichbehandlung Art.3 GG und
gegen Art.14 GG/Eigentumsschutz.
Die Straße würde von Haus-Grundstücksbesitzern bezahlt werden, während
andere Bürger diese kostenlos benutzen dürfen.Es gibt keine sachliche
Rechtfertigung für die Zahlung, da der
Haus-Grundstückseigentümer keinen besonderen Vorteil davon hat.

Eine Erhöhung der Grundsteuer ist nicht neu, wurde auch bei uns schon
diskutiert und ist
der Bevölkerung nach unserer Auffassung nicht zu vermitteln.

Bei der Demo im Mai 2009 waren außer der CDU/Beibehaltung der
akt.Gesetzeslage und der
SPD/Kompromißlösung alle anderen Parteien/Grüne/FDP/Die
Linke/Verbände/Bürgerallianz...
gegen die Beitrags-Abgabenerhebung.
Es besteht der Eindruck - auch bei der Bürgerallianz und Die Linke - einen
"Kompromiß"
zu finden und damit diese Problematik für immer zu zementieren.

Mit freundlichen Grüßen
N.Briese

Interessengemeinschaft Gefell
Für Hochwasserschutz u. gegen unsoziale Zwangsbeiträge